



## Pressemitteilung

### Dortmunder Unternehmensverbände gegen Festlegung des Mindestlohns durch die Politik

20. September 2021

Die Dortmunder Unternehmensverbände kritisieren die politische Einflussnahme auf den Mindestlohn. „Die Zielsetzung politischer Parteien, die Höhe des Mindestlohns ohne Berücksichtigung der Tarifpartner zu bestimmen, ist ein klarer Angriff auf die Tarifautonomie“, so Brasse, Geschäftsführer der Unternehmensverbände. Bisher werden alle zwei Jahre von der Mindestlohnkommission, bestehend aus Vertretern der Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und der Wissenschaft, Vorschläge zur Mindestlohnanpassung gemacht.

Eine Auswertung von mehr als 40 Tarifbranchen Anfang 2019 stellte fest, dass etwa 20 % aller Lohngruppen in Tarifverträgen unter der Schwelle von zwölf Euro lagen. Von der Erhöhung des Mindestlohns wären damit dreimal mehr Lohngruppen betroffen, als bei dessen Einführung 2015. Daher könne auch nicht mit einer unmittelbaren Besserstellung der Mindestlohnbetroffenen gerechnet werden. „Wie bei der Einführung des Mindestlohns 2015 wird es wieder langjährige Übergangsregelungen geben müssen, um Arbeitgeber vor Überforderung zu schützen und keine Arbeitsplätze zu riskieren“, so Brasse.

Im Kern der Kritik der Verbände steht aber nicht die Höhe des Mindestlohns, sondern die Art und Weise, wie dieser festgelegt wird. „Es darf nicht sein, dass der Mindestlohn alle vier Jahre zu einem Wahlkampfthema wird“, so Brasse. Darüber hinaus sei die Berechnung überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. „Der Mindestlohn wird so zu einem unberechenbaren Wirtschaftsfaktor“.

Brasse sieht auch die Gefahr, dass die Verhandlungsbereitschaft der Tarifpartner im Niedriglohnssektor schwinde, wenn dieser zum politischen Spielball werde. Es bestehe dann kein Anreiz mehr, Mitglied einer Gewerkschaft oder eines Arbeitgeberverbandes zu werden, da es unnötig sei. „Ein politisch festgelegter Mindestlohn greift direkt in Tarifautonomie ein und schwächt damit die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Es wird weniger Tarifverträge geben“, so Brasse abschließend.

Ernst-Peter Brasse  
Geschäftsführer